

Austritt der Deutschradikalen Vereinigung aus dem Deutschen Nationalverband.

Die „Politischen Tagebücher“ schreiben: Gestern nachmittag hielt die Deutschradikale Vereinigung die bereits angekündigte Vollversammlung ab, an welcher zwanzig Abgeordnete teilnahmen. Die drei fehlenden, die Abgeordneten Berni, Kasper und Rindermann, hatten sich mit Krankheit entschuldigt. Der Obmann der Vereinigung Abg. Wolf erstattete bei Beginn der Sitzung einen eingehenden Bericht über die politische Lage und über die Verhältnisse im Deutschen Nationalverband. In der an den Bericht anschließenden Wechselrede ergriffen sämtliche Abgeordnete wiederholt das Wort. Es wurden alle sich aus dem Bericht ergebenden Folgen auf das eingehendste gepriift. Nach dreistündiger Dauer der Sitzung wurde schließlich beschlossen, das gegenwärtige Verhältnis zum Deutschen Nationalverband zu lösen.

Der Inhalt der gefaßten Beschlüsse wurde parteiamtlich wie folgt mitgeteilt:

1. Die Deutschradikale Vereinigung des Abgeordnetenhauses beschließt, um sich die volle Freiheit des Handelns zu sichern, aus dem Deutschen Nationalverband auszutreten. Gleichzeitig mit der Mitteilung hiervon soll den nationalen Parteien die Anregung übermittelt werden, einen aus Vertretern dieser Parteien bestehenden Ausschuß von neun Mitgliedern einzusetzen, der in ständigen Beratungen auf ein Zusammengehen in gemeinsamen nationalen Fragen und auf ein taktisches Zusammenwirken im Abgeordnetenhaus hinzuwirken hätte.

2. Die Deutschradikale Vereinigung des Abgeordnetenhauses legt entschieden gegen die Absicht der Regierung Verwahrung ein, durch Ausschreibung von Ersatzwahlen den amnestierten Hochverrätern den Weg ins Abgeordnetenhaus zu öffnen, weil sich diese Absicht lediglich als ein durch den tschechischen Terrorismus erzwungenes Nachgeben gegenüber den ins Maßlose gesteigerten tschechischen Forderungen darstellt.

Deutsche Agrarpartei.

In der gestrigen, unter dem Vorsitz des Obmannes Professor Dr. Waldner stattgehabten Sitzung der deutschen Agrarpartei wurde in erster Linie durchgreifend über die Stellung, die die deutsche Agrarpartei im Falle einer Wende in der Ru-

sammensetzung des Deutschen Nationalverbandes eintreten sollte, einnehmen wird, beraten. Ebenso wurde die Frage der beantragten Neuwahlen behandelt und das taktische Vorgehen in diesem Falle beraten. Allseitig wurde die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens aller agrarischen Abgeordneten beantragt. Zur Durchführung aller notwendigen parteipolitischen Arbeiten wurde ein Vollzugsausschuß eingesetzt.

Eine Beratung der nichtdeutschen Abgeordneten.

Unter dem Vorsitz des Abgeordneten Stanel fand gestern nachmittag eine Beratung der Vertreter der nichtdeutschen Parteien statt, der Abgeordnete aller Gruppen mit Ausnahme der Polen beiwohnten. In der Besprechung wurde über das gemeinsame Vorgehen in verschiedenen Angelegenheiten, namentlich über die Antwort des Präsidenten Dr. Groß wegen des Abdrucks der nichtdeutschen Interpellationen und wegen der Immunitätsangelegenheiten der verurteilten Abgeordneten beraten. Die Verhandlung wird am kommenden Dienstag fortgesetzt werden.

Im Parlament verlautete gestern, Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler habe ein Kompromiß in der Angelegenheit der Mandate der verurteilten Abgeordneten den tschechischen Parteien vorgeschlagen, das dahin geht, daß die im Hause eingebrachten diesbezüglichen Anträge auf Restituierung der Mandate der verurteilten Abgeordneten zurückzuziehen seien, worauf dann die Regierung für alle erledigten Mandate Ersatzwahlen ausschreiben würde. Diese sollen im Zeichen des Burgfriedens stattfinden.

Mehrere Gruppen des Tschechischen Verbandes sind jedoch für die Ablehnung dieses Kompromißvorschlages, da sie auf dem Standpunkte stehen, daß mit der Amnestierung der verurteilten Abgeordneten auch die Rechtsfolgen beseitigt wurden, somit die Mandate gültig wären, zumal die Militärgerichte, welche diese Urteile gefällt hatten, vom Parlament für inkompetent erklärt worden sind. Im übrigen wird sich der Immunitätsausschuß im Laufe der nächsten Woche mit dieser Angelegenheit beschäftigen und, falls es zu keinem Kompromiß kommt, endgültige Beschlüsse fassen.